

Die „Volkskraft“  
erschint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Strasse 54  
durch die Post und  
durch Colportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 12. 50,  
pro Bogen 20 Pf.,  
Postgebühren 20 Pf.

# Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Interessantestes  
Leseblatt für die staatspolitische  
Zeitgenossen aller Parteien  
20 Pfennige für Einzelhefte und  
Vorfremungsbogen  
10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Mittwoch, den 4. März 1896.

7. Jahrgang.

## Der nahende Untergang der Kirchengemeinschaften.

Die Zeichen wehren sich, daß die Tage der christlichen Kirchengemeinschaften gezählt sind. Die Feinde der Socialdemokratie behaupten bekanntlich immer sehr mit Unrecht, daß wir Socialdemokraten uns die größte Mühe gäben, die Religion aus dem Herzen des Volkes zu reißen. Uns aber fällt das gar nicht ein. Wir haben Besseres zu thun, und wir achten die Gedanken- und Glaubensfreiheit aller unserer Mitmenschen viel zu hoch; wir vertrauen auf die Macht fortschreitenden Wissens und Erkennens viel zu sehr, als daß wir uns in religiösen Meinungs- und kirchliche Glaubenssachen mischen würden.

Statt dessen ziehen heutzutage die Frommen selbst gegen die Kirchengemeinschaften zu Felde. Selbstverständlich meistens die Anhänger der einen gegen die der anderen. Daneben treten in neuester Zeit aber auch große Kirchenlichter auf und erklären öffentlich und vor allem Volke ihre eigene Kirchengemeinschaft als dem Untergange rettungslos verfallen. Wir wollen unseren Lesern mit ein paar erbaulichen Beispielen solcher Art aufwarten, die aus allerjüngster Zeit stammen.

In einer Versammlung des Evangelischen Bundes, die vor Kurzem hier in Breslau stattgefunden hat, hielt ein angesehenes protestantisches Geistliches, Pastor Meyer, unter dem Vorsitz eines hervorragenden Rechtsgelehrten einen Vortrag über die Geschichte des Kirchenstaates, in welchem er den Beweis erbrachte, daß das weltliche Kirchenregiment den Völkern keinen Nutzen, wohl aber furchtbaren Schaden gebracht habe.

Zuerst, sagte der Herr Pastor, sei es zum Lachen, wenn die Katholiken sagen, Gott habe dem Papst den Kirchenstaat gegeben. Kaiser Constantin habe dem Bischof von Rom Zugungen aus seinen Domänen und ein Hoheitsrecht eingeräumt. Die späteren römischen Bischöfe hätten es verstanden, ihre Rechte weiter auszuüben. Papst Gregor VII. habe dem Papst einen Ländertheil in Aussicht gestellt, zu einer Schenkung sei es aber nie gekommen. Karl der Große habe die dem Papst von Constantin gewährten Hoheitsrechte auf einige italienische Städte ausgedehnt. Die 800 habe es noch keinen Kirchenstaat gegeben. Plötzlich sah das Concordat zu Worms 1122 den Papst als souveränen Herrn, auf einmal trug er die Doppelkrone der geistlichen und weltlichen Macht. Im Kirchenstaat selbst hätte es von 1122 bis 1870, also während der ganzen Dauer der weltlichen Herrschaft der Päpste, böse ausgesehen. Räuber und Banditen trieben allezeit ihr Unwesen. Manche Päpste hätten sich Mühe gegeben, Abhilfe zu schaffen, doch konnten sie nichts bessern. Ein Papst, Hadrian VI., hätte es selber ausgesprochen, daß die weltliche Macht des Papstthums ein Uebel für die Kirche sei. Die katholische Kirche könne nicht stolz sein auf ihre weltliche Macht, denn die Päpste hätten oft zu Mitteln gegriffen, die ihrer Würde als Stellvertreter Christi nicht würdig gewesen seien.

Anarchie und Bürgerkrieg durchwühlten den ganzen

Staat jahrhundertlang, am traurigsten Rom selbst. Neben wenigen gewissenhaften „Statthaltern Christi“ (Nikolaus V.) herrschte eine Reihe grausamer und prunkstüchtiger Päpste, deren schrecklichste Alexander VI., dessen Regierung Günstlingswirtschaft und Gift berüchtigt gemacht haben, und Sixtus V. sind, unter welcher letzterem „mehr Hinrichtungen als Melonen am Markt“ vorlären. Dann und Interdict bezeichnen die Herrschaft des Papstthums, die Tortur bulbete es bis ins 19. Jahrhundert.

Für die Schandthaten des Kirchenstaates seien außer den Päpsten die Beamten verantwortlich zu machen; die Cardinäle und Priester seien die Ausbeuter der Untertanen gewesen. Unter Clemens XIII. seien 12,000 Morde und Todtschläge vorgekommen. Für Handel, Industrie, Handwerk, Kunst und Wissenschaft habe der Kirchenstaat nichts gethan, derselbe habe überhaupt nicht einmal die bescheidensten Anforderungen erfüllt, die man an ein Staatswesen stellt. Durch die Vernichtung des Kirchenstaates im Jahre 1870 habe Italien seine Selbstständigkeit wieder erlangt und werde sie hoffentlich behalten; denn der Kirchenstaat werde hoffentlich nie wieder ins Dasein treten.

Natürlich zeterien und fluchten die Ultramontanen über solche angeblich „tausendmal widerlegten Geschichtsalgen“ — in Wahrheit sollte es heißen: tausendmal wieder abgelegneten Geschichtswahrheiten — und bezeichnen dergleichen Vorträge protestantischer Geistlicher als „mißglückte Versuche, die Aufmerksamkeit des Volkes von dem Zusammenbruch des Protestantismus abzulenken.“ Gistig weisen sie auf die „socialdemokratischen Pastoren“, wie Kaumann, Köhler, Wittenberg, Göhre u. s. w. hin und auf die klägliche Haltung des evangelischen Oberkirchenraths gegenüber der evangelisch-socialen und allen sonstigen socialpolitischen und social-reformatorischen Bestrebungen.

Die Ultramontanen könnten aber den Protestantismus sehr leicht viel schlimmer verurtheilen, wenn sie nicht fürchteten, daß jeder ernfliche Schlag, den sie gegen ihn führen, auch für sie selbst verhängnisvoll werden müßte.

In katholischen Kreisen ist das Werk, welches mit dem Protestantismus unerbittlich ins Gericht geht und gewissermaßen sein Todesurtheil enthält, wohl bekannt. Dasselbe führt den Titel: „Occident und Orient“ und stammt aus der Feder des ehemaligen Hofpredigers, Dr. der Theologie Christoph Hoffmann in Stuttgart. Aber die schwarzen Herren hüten sich, von dem Buche dieses hochgestellten protestantischen Geistlichen viel Weisen zu machen, obgleich sie ihm für den von ihnen gleichfalls behaupteten Zusammenbruch des Protestantismus die wichtigsten und unwiderlegliche Gründe entnehmen könnten. Hofprediger Hoffmann schreibt in diesem Werke Seite 266 und 268:

„Ungeachtet der „Gunst äußerer Verhältnisse ist die Auflösung des kirchlichen Protestantismus nur eine Frage der Zeit, und zwar, da sie geistig schon begonnen hat, einer nicht sehr langen Zeit. . . . Das hindert nicht, daß die geistige Schwäche, an welcher das protestantische Kirchentum leidet, ihre Früchte tragen muß. . . . Da die protestantische Kirchengeldbildung als ungenügend für die Bedürfnisse der Völker und

der Menschen thatsächlich erwiesen ist, da in der That niemand mehr mit derselben zufrieden ist, sondern alle Protestanten, die sich überhaupt um kirchliche Dinge bekümmern, gründliche Veränderungen als notwendig erkennen, nur daß die eine Partei rückwärts gehen und durch Symbolzwang oder durch Ritualismus eine verschwundene Kirchenherrlichkeit wieder herstellen will, während die andere ein Vorwärtsgen in der Richtung auf Befreiheit und Lockerung der kirchlichen Bande verlangt, so kann auch beim besten Willen keine Staatsgewalt das protestantische Kirchentum auf die Länge aufrecht erhalten. . . . Thatsache ist, daß das protestantische Kirchentum die bei der Reformation gewendeten Lösungen auf die Verwirklichung eines wahrhaft christlichen Zustandes keineswegs erfüllt hat. . . . Die Geschichte und der jetzige Zustand der protestantischen Kirche führt also mit logischer Nothwendigkeit zur Auflösung derselben und scheint den Beweis zu liefern, daß in der That keine andere Wahl bleibe, als entweder sich Rom zu unterwerfen oder das Christenthum aufzugeben.“

Wir Socialdemokraten haben keine Ursache, diesem mit einer bemerkenswerthen Sachkenntnis und Ehrlichkeit ausgerüsteten Hofprediger zu widersprechen. Wir können ihm aber mit erstreutester Gewißheit die Versicherung geben, daß die ungeheure Freiheit der Culturvölker, sobald sie nur von der Socialdemokratie besser über ihre Interessen unterrichtet und zu schärferem Denken erzogen sein wird, sei es bei der politischen und Berufstätigkeit, sei es durch Jugendbildung, wahrhaftig nicht lange schwanken und sich nicht für Rom entscheiden wird, wenn es die Wahl gilt: entweder sich Rom wieder — wie vor der Reformation — zu unterwerfen oder das Christenthum aufzugeben und sich zur Geistesfreiheit und Wissenschaft zu erheben.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 3. März.

Aus dem Reichstage. Auf dem Gebiete der Steuerpolitik ist Eugen Richter ein nicht zu verachtender Gegner der Regierung und des nach Liebesgaben hungrigen Junkerthums; und so wenig wir sonst mit dem Führer der freisinnigen Volkspartei übereinstimmen, so kommt sein Standpunkt der Socialdemokratie gegenüber sein mag, so gern sind wir doch bereit, ihm als Mitkämpfer gegen die agrarischen Staatspräsidenten anzuerkennen. Sein gestriger Angriff gegen das jüngste Kind der staatlichen Protectionswirtschaft, die Zuckersteuervorlage, war eine wirksame und geschickte Gruppierung aller der Gründe, die vom Standpunkte des Consumenten gegen den Entwurf geltend zu machen sind. Wie sehr er mit seiner wuchtigen Kritik der Regierung und den agrarischen und industriellen Zuckerinteressenten in die Quere gekommen ist, darüber wurde ihm heute nach einander von drei Rednern quittirt. Die beiden Minister, Herr von Hammerstein-Borjen und Graf Posadowsky hielten lange Reden, die nur des Widerlegung der gestrigen Ausführungen Richters gewidmet waren. Von den beiden Regierungsmännern war Graf Posadowsky heute in der Polemik der lebhaftere. Er sprach in sehr erregtem Tone und suchte sich so wenigstens durch etwas Temperament über das Be-

## Die „Gesellschaft“ von Ubingen.

Eine Geschichte aus der Kleinstadt von Nicolaus Kraus.  
Nachdruck verboten.

Einige Tage vor der Wahl lebten an allen Straßen den Zettel, welche die Bürgerschaft befragten, ob sie einen Mann ins Parlament schicken wolle, welcher keinen Funken Muth besäße, dessen einziges Verdienst es sei, daß er vor Jahren einmal ein Ziegelfabrikant gewesen.

„Jörner hat keine Religion,“ schrieben die Einen. „Er verkehrt mit Freigeistern, Zeitungsschreibern und Freimaurern.“

„Wenn Ihr Euch die Haut über den Kopf ziehen lassen wollt, dann wählt Schwarz!“ sagte die Segerpartei.

Das sonst so stille Landstädtchen, in welchem es noch vor kurzer Zeit gewaltiges Aufsehen erregte, wenn ein Betrunkener auf's Stadthaus gebracht wurde, war gar nicht mehr zu erkennen.

Zoiser hatte sich mit gesammelter Kraft in den Wahlkampf geworfen. Frischer Lebensmuth sollte durch seine Aehren und trieb ihn an, das Höchste zu wagen. Sein Selbstvertrauen war wieder erwacht, sogar ein Theil seines früheren Uebermuthes hatte sich wieder eingestellt. Er beschloß, Frau Neumayer für ihren Verrath zu strafen. Um dieses erreichen zu können, mußte er mit Michael Chrysanter wieder in Verbindung treten. Seit geraumer Zeit hatte in ihren gegenseitigen Beziehungen eine gewisse Kälte Platz gegriffen. Der Wahlkampf brachte sie einander wieder näher.

Michael Chrysanter war trotz seiner idealistischen Lebensanschauung immer dabei, wo es galt, eine Intrigue zu schmieden, dem Gegner ein Bein zu stellen. Und je heimlicher es dabei zuging, desto lieber war es ihm; er gehörte zu den Menschen, die ohne Heimlichkeiten nicht leben können, und deren Hauptthätigkeit in Neidmurmeln besteht. Die weitverzweigte Gasse der Aufsteiger besaß in dem jungen

„Philosophen“ eines ihrer thätigen Mitglieder. Sein Langes-Haar-Tragen, sein Vegetarianismus, seine absonderlichen Angewohnheiten, das leise, flüsternde Durch-die-Zähne-Sprechen, das Gesichter mit Dichtersiedeln, das ewige Betonen des idealen Standpunktes war nichts als Renommiren, war Mittel zum Zweck: Immer im Munde des Menschen zu sein, beständig genannt, nicht vergessen zu werden. Es giebt Leute, welche immer das Gegenheil von dem thun, was der gesunde Menschenverstand verlangt, und nur zu dem Zweck, um aufzufallen.

Zoiser hatte aus dem unerfahrenen Michael bald herausgefunden, daß er mit Citty Neumayer in regem Verkehr stehe, überzeugte sich aber auch, daß er von den Intriguen der Wädersfrau ihm gegenüber gar keine Kenntniß habe. Um ihn über seine A sichten ganz und gar im Irrthum zu lassen, loöte Engelbert Chrysanter gegenüber die Schönheit der Frau Neumayer, ihren klugen, verständigen Sinn und ihr ansprechendes Wesen. Chrysanter sah ihn lauernd von der Seite an. „Wie kommt es, daß Du mir gegenüber die Frau preißt, aber jeden Verkehr mit ihr abgebrochen hast?“

„Hat sie es Dir nicht gesagt?“

„Ich sprach nur einmal davon. Sie runzelte aber gleich die Stirn und meinte, jedenfalls seiest Du von Deiner Berufsarbeit zu sehr in Anspruch genommen.“

„Das ist der eine Grund. Der zweite ist: Ich wollte Dir nicht im Wege stehen.“

„Mir?“

„Ja, Dir. . . . Du liebst Citty! Ich weiß es!“

„Engelbert, Du wußtest es, und deshalb hast Du Dich zurückgezogen?“ Er schloß Zoiser, der die Zähne übereinander beißen mußte, um nicht in Lachen auszubrechen, gerührt in seine Arme.

„Ja, ich liebe die Frau, diesen Engel, diesen Cherubin. Mein Ideal ist zur Erde niedergestiegen. Ich bin der Glückliche der Menschen.“

„So?“ sagte Zoiser. „Das freut mich. Ich danke Dir für das Vertrauen, das Du mir entgegengebracht. Und wenn Du sonst einen Rath oder eine Hilfe brauchst, wende Dich an mich, ich stehe Dir jederzeit zur Verfügung.“ Engelbert verabschiedete sich von dem noch immer rührselig gestimmten Chrysanter. „Zeit habe ich Dich, Schlange,“ murmelte er. „Warte nur, wir sehen uns noch, viel zu früh für Dich. . . . Es ist nicht anders, sie spielt mit dem dummen Jungen, wie die Katze mit der Maus. . . . Auch so eine „ehrbare“ Frau; viel zu feig, sich in Alles übersprudelnder Leidenschaft hinzugeben, kann sie es dennoch nicht unterlassen mit dem Funken zu spielen. Entzündet mit leichtfertiger Hand in der Brust jenes Thoren das schreckliche Feuer, wendet sich dann mit Lachen ab und überläßt den Sumpel seinem Schicksal. O herrlicher Cherubin! Ja.“

„Des Egoismus Fahne hoch,  
Und Recht ist, was uns nützen kann,  
Ist's recht auch, nützet aber nichts,  
Der Teufel sind' was Gutes dran.“

Drei Tage vor der Wahl erschien der frühere Abgeordnete und abermalige Landtagacandidat Dr. Schwarz in Ubingen. Am Bahnhof empfing ihn die gesammte Stadtvertretung und alle Vereine. Die Musik spielte einen Aufsch, als der große Mann aus dem Bahnhofe heraustrat, das umstehende Volk schrie und lärmte und warf die Hüten und Hüte in die Luft. Darauf hielt der Bürgermeister eine Ansprache, welche über eine halbe Stunde dauerte. Alles war gerührt. Nur dem anwesenden Rath Jörner wurde ganz ungemüthlich, als er das Gedächtnis seiner lieben Ubingen wahrnahm; in einem fort strich er sich mit seinem schwarzgelben Taschentuche die Stirne.

Zoiser bemerkte dies, erricht die Ursache und trat ihm dem Bergangen. „Der Rath,“ flüsterte er, „wir müssen das letzte Mittel ergreifen, sonst sind wir verloren. Geben Sie mir unbeschränkte Vollmacht!“







vierteljährlichen Zollzahlungen außerdem 4 pEt. Zinsen für die Zeit von der Anschreibung der zu verzollenden Posten bis zum Abrechnungstage zu entrichten seien, daß diese Zinsvergütung jedoch nicht zur Erhebung komme, wenn die Zollzahlung durch Einfuhrschüsse geleistet werde; 3) daß die Zahlung von *M a h l e n c o n t e* n binnen 8 Tagen nach Ausstellung der Abrechnung den Zollbetrag zusätzlich 4 pEt für die Zeit der Abschreibung bis zum Abrechnungstage baar einzuzahlen haben. Bei der Zahlung mittels Einfuhrschüssen, welche über die nämliche Garantie wie die zu tilgenden Posten lauten, sind Zinsen nicht zu entrichten. — *M e l l e n b u r g* bleibt als Wortführer der Agrarier seinem altbewährten Aufbruchsgetreuen.

In der zweiten Kammer des hessischen Landtags haben die sozialdemokratischen Abgeordneten *M ü l l e r* und *E r a m e r* den Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, auf Grund des § 1 Absatz 5 des Gesetzes über die Gewerbegerichte in der Stadt Darmstadt ein Gewerbegericht zu errichten. Die nationalliberale Mehrheit der haupt- und residenzstädtischen Abgeordnetenversammlung stimmt sich bekanntlich schon seit Jahren trotz allem Drängen der organisierten Arbeiterschaft unter den wichtigsten Vorwänden dagegen.

Die Ablehnung des Credits für die Erbauung eines kaiserlichen Jagdschlusses durch den mehr als sanftmütigen elbschleibringischen Landesauschuss, die lediglich aus finanziellen Erwägungen erfolgte, wird zum Anlaß einer großen Debatte gegen das, was sich im Reichslande die Volkerverwirrung nennt, benützt. Die Schlagwörter von den *P r e s s e* k l e r n, der vaterlandlosen Partei, in den offiziellen Blättern des Reichslandes herum. Durch Drohungen will man den Landesauschuss gefügig machen. Diejenigen, die sich im Entgegenkommen hohen Wünschen gegenüber nicht genug thun können, hätten besser gesehen, vor Einbringen der Vorlage die Situation nach allen Richtungen zu erwägen, als nachher amiliche Entrüstung zur Schau zu tragen.

England.

Die Währungsconferenz ist am 28. Februar wieder im englischen Unterhause eröffnet worden. Bekanntlich hatte am 20. Februar der Erste Lord des Schatzes, Lord *B a l f o u r*, Kardoffs Viebling, im Unterhause erklärt: Die Regierung dieses Landes ist von der deutschen Regierung nicht in der Angelegenheit eines internationalen Münzabkommens angegangen worden. In Verbindung mit der indischen Regierung würden wir indes geneigt sein, die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten zu erwägen, falls eine solche Maßregel als ein Theil einer betriebigen Valutareform durchgeföhrt werden könnte. In der Reichstags-Sitzung vom 22. Februar machte der Staatssecretär für die auswärtigen Angelegenheiten (*H e r r* v. *M a r s c h a l l*) im Namen des deutschen Reichsregierers über die Verhandlungen mit England Mittheilungen, aus denen hervorging, daß Herr *B a l f o u r* sich in jeder Erklärung mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt hat. Am 28. Februar aber erfolgte eine amtliche Erklärung der englischen Regierung, die *B a l f o u r*, den Reden des leitenden Ministers *S a l i s b u r y*, vollends plattdrückte. Der Onkel ließ den Neffen Lügen strafte. Auf die Anfrage des Abgeordneten *C o b d i n g t o n*, ob die Regierung dem Hause eine Erklärung abgeben könne über den wesentlichen Inhalt des Meinungsaustrausches mit Deutschland, betreffend die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten, und ob sich seit dem Datum jenes Meinungsaustrausches die Ansichten der Regierung irgendwie geändert hätten, antwortete der Unterstaatssecretär *C u r z o n*: Am 8. November fragte Graf *H a y s f e l d* an, ob die englische Regierung Willens sei, die bimetallicische Frage in einer Conferenz zu erörtern, falls die deutsche Regierung sich dafür entscheiden sollte; Lord *S a l i s b u r y* ertheilte die Antwort, er müsse erst mit seinen Collegen berathen, bevor er eine bestimmte Ansicht aussprechen könnte; er weise aber die Idee einer Conferenz nicht von der Hand, falls sich Gründe für die Abhaltung derselben ergeben sollten. Bei einer darauf folgenden Unterredung stellte Graf *H a y s f e l d* die Frage, ob die indische Regierung damit umgehe, ihre Münzen wieder zu eröffnen, da Deutschland dies als eine notwendige Vorbedingung zu irgend einem internationalen Uebereinkommen betrachte. Unter dem 6. December wurde Graf *H a y s f e l d* davon unterrichtet, daß die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten nicht beabsichtigt würde, weder von der indischen Regierung noch von dem Staatssecretär für Indien. Unter diesen Umständen wurde die Angelegenheit damals nicht weiter verfolgt. Später legte Graf *H a y s f e l d* Lord *S a l i s b u r y* die Erklärung vor, welche der deutsche Reichskanzler im Reichstag abzugeben beabsichtigte über das, was heiderseits besprochen war. Lord *S a l i s b u r y* erhob keinen Einwand gegen die Erklärung, erinnerte jedoch den Grafen *H a y s f e l d* unter Bezugnahme auf Bemerkungen im deutschen Reichstag daran, daß er sich in seiner Erwiderung auf die Mittheilung der Thatfachen beschränkt habe, wie sie damals vorlagen, und da in dieser Erwiderung in keiner Weise eine Absicht bezüglich der Zukunft enthalten gewesen sei. Die Erklärung Lord *B a l f o u r*s im Unterhause am 20. Februar gebe die allgemeinen Ansichten wieder, welche die englische Regierung nach Erwägung der Sache über den Gegenstand habe. Die Darstellung des Unterstaatssecretärs bestätigt die Erklärungen der deutschen Regierung. Lord *S a l i s b u r y* hat die allgemeine Frage nach der Geneigtheit der englischen Regierung zu einer Währungsconferenz nicht bestimmt beantwortet, aber die Aussichtslosigkeit solcher Verhandlungen betont; die bestimmte gestellte Frage, ob die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten beabsichtigt würde, ist von Lord *S a l i s b u r y* verneint worden.

London, 29. Februar. Eine Anzahl der bedeutendsten Advocaten Englands, unter ihnen der frühere Generalanwalt Sir *E d w a r d* *C l a r k e*, werden in die Vertbeidigung Dr. *J a m e s o n*s übernehmen. Im Ganzen werden die Angeklagten zehn Anwälte haben. Wie der „Stand.“ erfährt, werden die Vertheidiger des Dr. *J a m e s o n* zu beweisen suchen, daß er die Grenze des Transvaal nicht überschritt, um Krieg gegen die Südafrikanische Republik zu führen, sondern daß das Reformcomitee in Johannesburg ihn kommen ließ, um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten. Das Comitee bildete damals die *D e f a c t o*-Regierung in Johannesburg, da die Beamten der Buren alle fortgegangen waren. Außerdem ließ Dr. *J a m e s o n* keinen Schuß abfeuern, ehe er von den Buren angegriffen wurde, so daß er in Selbstvertheidigung handelte. Unter den Juristen herrscht große Meinungsverschiedenheit, ob der Fall wirklich unter die Bestimmungen der Foreign Enlistment Acte fällt.

Frankreich.

Paris, 2. März. Die gemäßigten Blätter erörtern die Rede *F a u r e*'s in Dijon, mit der er den Staats-

socialismus des Ministeriums billigt. In seiner Rede sagte *F a u r e* u. A.: Wir wollen nicht, daß die Gesetzgebung für die Arbeiter ein specielles Reglement einföhrt; wir wollen alle die Freiheit achten. Aber die Intervention des Staates ist in gewissen Industriezweigen, die weniger reich sind als Dijon, nothwendig. — *F a u r e*, den die Panamisten gern zum Rücktritt bewegen wollten, hat in Lyon eine Ansprache gehalten, worin er erklärte, daß er seine Pflicht bis zum Ende thun werde. Also kein zweiter *C a s i m i r* *P e r i e r*. Herr *B o u r g e o i s*, der den Präsidenten begleitet, wird überall von dem Volk mit sympathischen Zurufen empfangen.

Griechenland.

Die Ausweisung *H a m m e r s t e i n*'s aus Griechenland hatte in der verfloffenen Woche die griechische Deputirtenkammer beschäftigt. Am letzten Sonnabend stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage in der Ausweisungsangelegenheit. Die Kammer billigte mit 115 gegen 15 Stimmen das Verhalten des Ministers, der die Ausweisung angeordnet hatte, weil *H a m m e r s t e i n* unterstandlos war und sich in Athen als ganz gewöhnlicher Verbrecher unter einem falschen Namen aufhielt.

Spanien.

Die Haltung des amerikanischen Senats hat in Spanien die größte Erbitterung und auch Bestärzung hervorgeufen. In Barcelona hat eine große Straßendemonstration stattgefunden, wobei 15.000 Personen vor dem Gebäude des amerikanischen Consulats demonstirten. Es wurden Steine geworfen, wodurch einige Glasheben an dem Consulatgebäude zertrümmert wurden. Die Polizei mußte interveniren; zwei Manifestanten wurden verwundet und mehrere verletzt. Die Manifestanten zogen zur Präfectur und zu den Redactionslocalitäten mehrerer Journale, denen sie enthuftastische Oratationen darbrachten. Vor dem Militärcasino wurden Reden zu Ehren der Armee gehalten, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Auch in *M a b r i h* fanden Kundgebungen statt. Vor der Universität sammelte sich eine größere Menschenmenge, darunter viele Studenten, und brachte die Rufe aus: „Es lebe Spanien!“ „Nieder mit *J o r a i s t a n*!“ Mit Gewehren bewaffnete Gendarmen hatten alle Straßen besetzt und zwangen die Demonstranten, sich zu zerstreuen. Vor der Arera für Stierkämpfe war eine größere Anzahl herittener Gendarmen aufgestellt, weil man dort eine Kundgebung nach Schluß der Vorstellung beabsichtigte. Alle Straßen in der Nachbarschaft der amerikanischen Gesandtschaft sind durch Gendarmen besetzt. Eine Gruppe von Manifestanten wendete sich gegen die Kasernen und das Militärcasino und brach in die Rufe aus: „Es lebe Spanien!“ „Es lebe die Armee!“ Vorläufig gelang es der Polizei, sie an allen Orten zu zerstreuen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen, doch dauert die Aufregung in der Hauptstadt an. In der Sonnabendnacht verlangte das Publikum in mehreren Localen nationale Weisen und brach in die Rufe: „Nieder mit den Vereinigten Staaten!“ aus. Die Regierung wird jede Kundgebung in den Straßen u te r d r ü c k e n. — In Valencia veranstalteten die Studenten unter Voranragung der Universitätsfahne eine Demonstration. Vor dem Consulat der Republik brachen die Studenten in die Rufe aus: „Tod dem Onkel Sam! Es lebe Spanien! Es lebe die Armee!“

Ueber die Absichten der amerikanischen Regierung meldet ein neuerliches Telegramm, daß sie die Beilegung der Sache anstrebe. Sie sei wenig geneigt, den Ansurgenten auf Cuba die Recht: einer kriegsföhrenden Macht zuzusprechen, unso wenig, als die Berichte aus Cuba die Lage der einheimischen Bevölkerung viel zu trübe darstellen. Die Spanier schicken übrigens nach Cuba neue Verstärkungen, die freilich ihre Position nicht viel bessern werden können.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Volksmacht.)

50. Sitzung vom 3. März — 1 Ubr.

Die erste Berathung der Zuckersteuer-Novelle wird fortgesetzt. Landwirtschaftsminister von *H a m m e r s t e i n* erkennt an, daß die bisherige Discussion sich auf durchaus sachlichen Boden bewegt habe. Die bestehende Zuckersteuergesetzgebung hat die Zuckerindustrie zu dem gemacht, was sie heute ist, zu einer Industrie ersten Ranges. Drei Fünftel der Gesamtproduktion ist für das Ausland bestimmt und muß dafür bestimmt sein. Die Interessen der Rübenbauer sind mit der Zuckerindustrie aufs Engste verknüpft. Diese Gesichtspunkte dürfen bei dem weiteren Vorgehen auf dem Wege der Zuckerbesteuerung nicht außer Acht gelassen werden. Der Standpunkt des Abg. *R i c h t e r*, daß unsere Zuckerindustrie nur für den inländischen Consum arbeiten sollte, nimmt sich in der Theorie sehr schön aus aber, jetzt wo sich die Zuckerindustrie so stark entwickelt hat und drei Fünftel der Production auf das Ausland angewiesen sind, geht das nicht mehr. Und jeder vernünftige Staatsmann wird mit den realen Verhältnissen rechnen. Es kommt dazu, daß der Rübenbau das Rückgrat unserer gegenwärtigen landwirtschaftlichen Entwicklung ist. Süddeutschland sind bei der Branntweinbesteuerung soviel Zugeländnisse gemacht worden, daß es eine Ehrenpflicht wäre, in dieser Frage für den vielleicht etwas mehr begünstigten Norden einzutreten. Wenn ein Süde leidet, leiden alle Glieder und das Rückgrat, der Hauptnerv im wirtschaftlichen Organismus darf nicht in Gefahr kommen. Die Zahlen des Herrn *R i c h t e r* kann ich nicht controliren. Er hat aber jedenfalls nicht in Betracht gezogen, daß das Areal nur in etwa fünfjährigem Turnus mit Rüben bebaut werden kann. Also das fünfmal größere Areal ist beim Rübenbau befristigt, das sind etwa fünf Millionen Hectar. (Abg. *R i c h t e r* ruft: Ich habe selbstverständlich den Turnus berücksichtigt.) Der Abg. *R i c h t e r* sprach von einer Vertheuerung des Verbrauchszuckers um 20 Procent. Nach meiner Rechnung wird er nur 10 Procent theurer. Er kostet jetzt pro Kilo 50 Pfg. und wird nach Ertrag des Gesetzes 55 Pfg. kosten. Ein Rückgang der Rübenindustrie würde die schädlichsten Folgen für Handel und Gewerbe zeitigen, auch dieser Umstand ist eingehender Erwägung werth. Andere Staaten thun außerordentlich viel für die Zuckerindustrie. Ein Rückgang des Rübenbaues müßte auf jeden Fall verhindert werden. Bei der kritischen Lage der Landwirtschaft wäre der acute Anruf, der dann die reichsten Gegenden des Vaterlandes, das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft treffen würde, von den verhängnisvollsten Folgen. Die Analogie mit dem Antrag *R a n i t y*, auf die Richter hingewiesen hat,

ist hinfällig. Die Zuckersteuer soll durchaus keinen Mindestpreis garantiren, der Zuckerpreis unterliegt nach wie vor den Gesetzen von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt. Der Antrag *R a n i t y* will absolut die Einwirkung auf die Preise dem Staat übertragen, während hier nur eine gewisse Rückwirkung auf die Preise durch die Exportprämie ausgeübt wird. Eine solche Rückwirkung auf die Preise findet ja auch durch die Steuern statt. Die Rübenindustrie darf keine capitalistische werden, sie muß der Landwirtschaft erhalten bleiben. Ich bin der Erste, der sagt, wir wollen auf jede Exportprämie verzichten, sobald England und Oesterreich aufhören, außerordentlich hohe Exportprämien zu gewähren, sobald die russische Zuckerindustrie nicht mehr künstlich groß gepöpstelt wird durch besondere Staatsbegünstigungen. — Ich hoffe, daß aus der Commissionserklärung ein vernünftiges, der gesammten deutschen Landwirtschaft zum Segen gereichendes Gesetz hervorgehen wird, allerdings kein Gesetz für die Dauer, sondern ein Kampfgesetz! (Beifall rechts.)

Abg. v. *P u t t k a m e r* - *P l a u t h* (cons.) Meine Partei schließt sich dem Antrage auf Commissionserklärung vollkommen an. Der Abgeordnete *R i c h t e r* hat das Gesetz keiner objectiven Prüfung unterworfen, er hat die Vorlage die allergefährlichste genannt — merkwürdig, daß *R i c h t e r*'s Augen immer die vorliegenden Gesetzentwürfe als die gefährlichsten betrachten. (Heiterkeit.) Der Angriff des Abgeordneten *R i c h t e r* kennzeichnet sich als politische Tendenzmacheri. (Oh! links.) Der Unterchied dieser Vorlage mit dem Antrag *R a n i t y* liegt auf der Hand. Die Vorlage will nicht einen Mindestpreis festsetzen, sondern einen Durchschnittspreis ermöglichen, der im Interesse der Producenten und Consummenten liegt. (Lachen links.) Sehr richtig rechts.) Der Antrag *R a n i t y* will den Getreideimport abwehren, die Vorlage will den Zuckerexport haben. Die deutsche Zuckerindustrie führt in Folge ungleichmäßiger Behandlung in einzelnen Ländern einen schweren Concurrenzkampf. Wer sie in diesem Kampf nicht unterstützen will, hat überhaupt für die Landwirtschaft nichts übrig. Selbst die Socialdemokratie hat — das sei zu ihrem Ruhme nachgesagt — noch niemals mit einer solchen Verdrängung gearbeitet, wie gestern der Abgeordnete *R i c h t e r*, als er sagte, daß der Entwurf nur durch den Einfluß einiger hochgestellter Gelehrter und Minister entstanden sei, die an der Zuckerindustrie interessiert seien. Dieser Ton war im Parlament bisher unerhört. (Abg. *R i c h t e r*: Sorgen Sie nur, daß Ihr Ton im Parlament anständig ist. Heiterkeit links.) Die Interessen der Zuckerfabrikanten und der Rübenbauer sind identisch. Die Rübenbauer sind durchaus nicht reiche Großgrundbesitzer, die auf dem Wege des Nepotismus wirken, sondern zum großen Theil wirkliche Bauern. Die Landwirtschaft ist sich im Sorgen und Bangen der Vorlage gegenüber einig. Der Rübenbau erweitert sich mit der Erhöhung des Consums beständig, um so mehr wird die Landwirtschaft interessiert am Rübenbau, der eine allgemeine Culturerhöhung des Vaterlandes mit sich bringt. In Gegenden, wo Rüben gebaut werden, ist von einer Futtermoth nicht mehr die Rede. In der Landwirtschaft ist der Abg. *R i c h t e r* ganz unerfahren. Er sollte sich von einem zu Grunde gegangenen Landwirth unterrichten lassen. (Lachen links.) Die Erklärung des Abg. *S p a h n* hat mich nicht vollkommen befriedigt, vor Allem in der Hinsicht nicht, daß das Centrum von einer Erhöhung der Consumabgabe nichts wissen will. Wo sollen die Dedungsmittel für die Erhöhung der Exportprämie hergenommen werden? Doch hoffe ich noch auf Verständigung mit den Herren des Centrum in der Commission. Herr *R i c h t e r* nimmt die Zuckerindustrie die Exportprämie nicht, gern will sie nicht eine Kostgängerin des Staates, aber sie muß es thun, weil es das einzige Mittel ist, um die Industrie vor der Vergewaltigung des Auslandes zu schützen. Gegen den äußeren Feind sollten alle Parteien einig sein. (Beifall rechts. Lachen links.) Wir nehmen die Prämie nur, weil wir sie nehmen müssen. (Lachen links.) Zu überlegen ist nur, ob für den Fall, daß das Ausland die Prämien wieder erhöht, wir nicht die Bestimmung in das Gesetz aufnehmen sollen, wonach dann der deutsche Bundesrath die deutsche Prämie erhöhen darf. Ohne Contingentirung ist die Exportprämie natürlich ein Uindig. Wie das Contingent zu bestimmen ist, darüber gehen die Meinungen in den Kreisen der Interessenten auseinander. Nur darin ist man einig, daß das Contingent höher bemessen werden muß, als es die Vorlage thut. Nicht zu bestreiten ist, daß Oden, Norden und Süden Deutschlands bei der Contingentirung schlechter fortkommt, als Mitteldeutschland, wo die Expansionsfähigkeit für den Rübenbau erschöpft ist. Im Norden und Osten aber kann die Expansion noch verdoppelt und verdreifacht werden und muß es, wenn der Getreidepreis sich nicht erhöht. Die Erhöhung des Zuckerpreises im Detailverkauf ist ganz minimal, der Zucker wird nicht theurer, als er in früheren Jahren gewesen ist. Der Consum wird deshalb nicht eingeschränkt werden. Die Steigerung des Zuckercconsums in Deutschland ist ein erfreulicher Beweis für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der unteren Volksklassen. In der Zuckerindustrie werden 500.000 Arbeiter beschäftigt und Millionen verdient, die wieder der gesammten Volkswirtschaft zu Gute kommen. Gegen die Betriebsabgabe in Staffelform sprechen erhebliche Bedenken, sie würde grade die großen leistungsfähigen Betriebe im Norden und Osten zu treffen. Dazu kommt, daß der Großbetrieb in der Zuckerindustrie des Nordens und Ostens unter schweren Bedingungen schon jetzt arbeitet, als der mittlere Betrieb in Mitteldeutschland. Eine Industrie, die auf dem Weltmarkt concurren soll, darf nicht in ihren Großbetrieben benachteiligt werden. Die conservative Partei kann sich deshalb auf den Staffeltarif nicht einlassen, weil die Interessen des Ostens dabei zu kurz kommen. Weshalb dann aber überhaupt nach einer Betriebsabgabe aufrecht zu erhalten, die dann ja doch nur eine Herabsetzung der Exportprämie bedeutet. Wenn die Betriebsabgabe ganz in Fortfall läge, würde das Reich aus der Consumabgabe doch noch so viel erhalten, daß es nach Zahlung der erhöhten Exportprämie nach wie vor dieselbe Erinnahme aus dem Zucker — 55 Millionen — ziehen würde. Die augenblickliche Lage des Zuckermarktes beweist nichts gegen die Nothwendigkeit der Vorlage; die besseren Preise sind nur vorübergehend. Redner hofft auf Annahme der in jenem Sinne veränderten Vorlage. (Beifall rechts.)

Staatssecretär Graf *P o s a d o w s k i*: Ich will dem Abg. *R i c h t e r* gegenüber noch einige Bemerkungen machen. Abg. *R i c h t e r* hat gestern zur allgemeinen Ueberraschung die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie vor der Annahme der gefährlichen Gesetze gewarnt, die ihnen von der Regierung angeboten werden. Ich frage, was hat der Abg. *R i c h t e r* der deutschen Landwirtschaft schon geschenkt? (Große Heiterkeit links.) Er war gegen alle Schutzzölle; (Richter ruft: sehr richtig.) er war gegen die Branntweinsteuer (Richter: sehr richtig). Wenn die Regierung den verheerenden Vorschlägen des Abg. *R i c h t e r* gefolgt wäre, dann wäre die Landwirtschaft (Richter: viel besser dran als jetzt) (Große Heiterkeit) jetzt auf dem Ruine angelangt, auf dem Englands Landwirtschaft steht, d. h. sie wäre ruiniert. Herr *R i c h t e r* hat gestern gesagt: „Sie seien von der Regierung mit größerer Sicherheit unrichtige Dinge behauptet worden.“ Es wäre geschmacklos von mir, in demselben Tone zu antworten. Ich kann auch Herrn *R i c h t e r* sein großes Wissen nicht bestreiten. Er zieht nur aus seinem Wissen ganz falsche Schlüsse. Herr *R i c h t e r* hat eine Proscriptionsliste der reichen Zuckerbarone veröffentlicht und dabei vertritt Herr *R i c h t e r* in seinem wissenschaftlichen Kampfe gegen die Socialdemokratie stets das Recht des Individuums. Unter den reichen Reuten des Herrn *R i c h t e r* figuriren viele Directoren und Aufsichtsböure. Rechnet man alle diese Angestellten dazu, so sage ich: So viel reiche Leute giebt's ja gar nicht. (Große Heiterkeit.) Die Zuckerpreise sind allerdings gestiegen, aber ich wiederhole, ich habe guten Grund für die Annahme, diese Preissteigerung ist auf speculative Manöver gegen das Einkommen der Vorlage zurückzuführen. (Lachen links.) Ich will ähnlich wie der Abg. *R i c h t e r* ichtigen und sage: Wer gut meint mit der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie, der



vereinige sich mit den verbündeten Regierungen, um die unfrucht-

Abg. v. d. Gotha (Soz.): Wenn man den Reichs-Schatzsecretär von speculativen Mandatären sprechen hört, möchte man glauben, die

mehr concurren, sie müssen ihre kleinen Parzellen den Fabriken verkaufen. Wer Häben baut, sind Großbauern. Die Fabriken arbeiten nicht gern mit Kleinbauern, sondern suchen sich gleich

absprechend über sie urtheilen, wie der Vorredner. Es wäre vielleicht besser gewesen, man hätte uns in diesem

Damit wird die Weiterberatung vertagt. Persönlich bemerkt Abg. Richter: Wenn Abg. von Puttkamer seinen Ton ungeschickt finde, so müsse er ihm erwidern, daß

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen

Parteiangelegenheiten.

Der Reichstags-Abgeordnete Zohner ist nicht unerheblich erkrankt. Der Reichstags-Präsident ertheilte ihm

Über die Gewergerichts-Wahlen in Köln a. Rh. wird unter 1. März noch geschrieben: Die Candidaten der Social-

Die socialdemokratische Partei des Großherzogthums Baden hält ihre diesjährige Landesversammlung am 5. und 6. April in Heidelberg ab.

In Karlsruhe sind unsere Parteigenossen in die Waitation eingetretten für die in den nächsten Wochen stattfindenden Wahlen

Stadt-Theater.

Freitag: Carmen. Samstag: Die Hochzeit des Figaro.

Lobe-Theater.

Mittwoch: König Heinrich. Donnerstag: König Heinrich.

Victoria-Theater.

Freitag: Die Schöpfung. Samstag: Die Schöpfung.

Budapester

Possen-Theater. Anfang des Concerts 7 Uhr.

„Harmonie“

Mittwoch: Große Künstler-Vorstellung.

Gebr. Roesler's Brauerei.

Künstler-Vorstellung.

Francubildungs-Verein

Abend-Unterricht.

Cigaren u. Cigaretten

Schreibmaterialien.

Traugott Friedrich.

Photographie!

Confirmationskleider

S. Danziger, Halbertstr. 20.

Photographie!

Vergrößerungen nach kleinen Bildern.

Photographie!

Vergrößerungen nach kleinen Bildern.

Photographie!

Vergrößerungen nach kleinen Bildern.

Kein fingirter

wirklich realer Ausverkauf

wegen Aufgabe meines fertigen Lagers fast

zur Hälfte des Werthes.

Herren- u. Knaben-Garderobe

Paletots, Anzüge, Mäntel, Knaben Anzüge.

Consumenten-Anzüge, einzelne Weinkleider, einzelne

Westen aus besten Materialien.

Die früheren Preise sind jetzt fast zur Hälfte

ermäßigter Verkaufspreise stehen auf jedem

Stück deutlich in Zahlen vermerkt.

Es versteht sich, daß diese nur wiederkehrende, günstige

Gelegenheit zu benutzen und seinen Bedarf bei mir zu kaufen.

Es wird dadurch enormes Geld gespart.

Man kann also mit geringem Aufwande die Bekleidung

und jeden abheben der Bekleidung, was man sonst hätte

für die thatächliche Bekleidung meiner Angehörigen bürgt

mir seit 15 Jahren bestehende, als recht anerkannte Firma

S. Hurtig, Breslau, Chlauerstraße 84, 1. Etage.

Eingang Ecke Schatzbrücke.

Thalia-Theater.

Freitag, den 6. März 1896.

Volks-Vorstellung

Zerstörtes Glück.

Preise der Plätze: Erster Rang, Loge und Proscenium

75 Pf., Parquet 60 Pf., Orchester-Balcon 60 Pf.

Spezial 50 Pf., zweiter Rang 40 Pf., dritter Rang 20 Pf.

Billets hierzu werden in Reider's Brauerei, Herrenstraße

(alte Gnaichburg) auszugeben und sind außerdem zu haben bei

A. Bergmann, Adalbertstraße 26 III, Skowronek, Vincenzstr. 51 III.

Wie in der Expedition der „Volksrecht“.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Sektion der Schlosser.

Zonabend, d. 7. März, Abds. 8 Uhr im „Herkur“.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Kutz.

Die Chariten-Bewegung. 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschafts-

congres. 3. Bericht des Genossen H. Kutz.

Ein zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Fabrik von Arbeiter-Garderobe

Specialität: Arbeiter-Hosen, Hamden u. Jacken

in allerbilligsten bei E. Liedecke, Stollgasse 30.

702

Kahmann's

frisch präparierten Cacaothee.

billigstes u. gesündestes Getränk

für Kinder u. Erwachsene

à Pfd. 30 Pfg., bei Abnahme von 10 Pfund

1 Pfd. Rabatt, 622 empfiehl

Wilh. Boese

Dampf-Chokoladefabrik.

Breslau, Parthenstraße 3.

Arac Rum Cognac

Original- und Tafel-Liqueure

Annaburger Klosterbitter,

589 Mandarinen-Ginger,

Benedictiner,

Raritäten Curacao etc.

„Nachod“

Arac Rum Cognac

Original- und Tafel-Liqueure

Annaburger Klosterbitter,

589 Mandarinen-Ginger,

Benedictiner,

Raritäten Curacao etc.

„Nachod“

Fagen- und Cholera-Bitter.

alten Breslauer Korn mit Wein

abgezogen, Apfelwein,

Spezialbitter, Mandarinen,

Spezial- und Curacao-Bitter.

Original- und Tafel-Liqueure

Annaburger Klosterbitter,

589 Mandarinen-Ginger,

Benedictiner,

Raritäten Curacao etc.

„Nachod“

Fagen- und Cholera-Bitter.

alten Breslauer Korn mit Wein

Hermann Seldt

BRESLAU, Ring 27

Telephon No. 8.

Bestellungen im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in

Frankfurt, im Auftrage in







